

Ressort: Politik

Koalitionspolitiker lehnen Reparationszahlungen an Athen ab

Berlin, 17.03.2015, 16:05 Uhr

GDN - Politiker von CDU und SPD unterstützen die ablehnende Haltung der Bundesregierung zu Kriegsentschädigungen für Griechenland aus der Zeit des Nationalsozialismus: "Die Reparationsfrage hat mit der aktuellen Auseinandersetzung über das Hilfsprogramm für Griechenland nichts zu tun. Es ist merkwürdig, dass Griechenland die Debatte zu diesem Zeitpunkt mit dieser Intensität führt", sagte der Chefhaushälter der Unions-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg (CDU), dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe).

Ähnlich äußerte sich der SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich. "Die Verquickung der Schuldenfrage mit weiteren Reparationsforderungen ist nicht nur sachfremd, sondern gegenüber den Opfern und deren Familien unverantwortlich", sagte Mützenich dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). Bereits der damalige Bundespräsident Johannes Rau hätte bei seinem Staatsbesuch im Jahr 2000 die richtigen Worte und Gesten zu den Gräueltaten der deutschen Besatzungstruppen gefunden, erinnerte der SPD-Politiker. Damals seien Raus Äußerungen auf Respekt und Zustimmung bei der griechischen Bevölkerung gestoßen. Und daran habe der heutige Bundespräsident Joachim Gauck mit vergleichbaren Worten anknüpfen können. Mützenich gab zudem zu bedenken, dass im Jahr 2014 durch den deutschen Außenminister der deutsch-griechische Zukunftsfonds und ein deutsch-griechisches Jugendwerk initiiert worden seien, um die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte noch intensiver zu betreiben. Auch hätten sich weitere deutsche Kommunen gefunden, um die Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern zu erneuern. "Das ist der angemessene Rahmen, um über Schuld und gegebenenfalls weitere Schritte zu sprechen", sagte Mützenich. Der CDU-Politiker Rehberg betonte, dass Deutschland sich seiner historischen Verantwortung bewusst und die Reparationsfrage mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 "rechtlich abschließend geklärt" sei. Zur Entschädigung der griechischen Opfer von NS-Unrecht habe Griechenland von Deutschland 115 Millionen Euro aufgrund eines Abkommens von 1960 erhalten, sagte der CDU-Politiker.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51508/koalitionspolitiker-lehnen-reparationszahlungen-an-athen-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619